

Verknüpfung im Portalverbund

[17.06.2016] Auf der 20. Sitzung des IT-Planungsrats am 16. Juni 2016 haben die Mitglieder des Gremiums unter anderem beschlossen, die öffentlichen Portale in der Verwaltung künftig in einem Portalverbund miteinander zu verbinden.

Serviceportale von Bund, Ländern und Kommunen sollen künftig in einem Portalverbund miteinander verknüpft werden. Das hat der IT-Planungsrat gestern (16. Juni 2016) bei seiner 20. Sitzung in Berlin beschlossen. Bürger und Unternehmen können auf diese Weise unabhängig vom genutzten Portal Verwaltungsdienstleistungen benutzerfreundlich suchen und abrufen. Die Navigation in den Portalen ist auf den Nutzer ausgerichtet, sodass er schnell und einfach sein Anliegen adressieren kann. Kernelemente der Serviceportale werden dabei nach Angaben des IT-Planungsrats Bürger- und Unternehmenskonten sein. Sie ermöglichen es, dass Nutzer ihre Daten an einer Stelle speichern und so Mehrfacheingaben in Verwaltungsprozessen vermeiden können. Klaus Vitt, amtierender Vorsitzender des IT-Planungsrats und IT-Staatssekretär im Bundesministerium des Innern: „Es gibt bereits viele vergleichbare Portale in der öffentlichen Verwaltung. Wichtig ist nun, sie so miteinander zu verknüpfen, dass jeder Nutzer über das ihm bekannte Portal Zugriff auf sämtliche Dienstleistungsangebote hat.“ Ein weiteres Thema der Sitzung in Berlin war das Projekt Digitalisierung des Asylverfahrens. Wie der IT-Planungsrat meldet, befinden sich bereits alle Bundesländer vollständig im Wirkbetrieb und führen die Registrierung flächendeckend mit dem neuen Verfahren durch. Außerdem empfiehlt der IT-Planungsrat einen Leitfaden für die Gewinnung und Bindung von IT-Personal in der öffentlichen Verwaltung. Mit Praxisbeispielen versehen soll dieser Anregungen und Tipps für Behörden geben. Um die Präsenz des IT-Planungsrats in der Öffentlichkeit zu stärken, hat das Gremium zudem für drei Jahre seinen Gemeinschaftsstand auf der CeBIT bestätigt, wo Projekte von Bund, Ländern und IT-Planungsrat vorgestellt werden.

(an)

Stichwörter: Politik, IT-Planungsrat, Klaus Vitt